

Positionspapier der CDU Stormarn – AK Außen- und Sicherheitspolitik

„Dienstpflicht: die zivile & militärische Widerstandsfähigkeit Deutschlands stärken - Verlässlichkeit, Verantwortung und Führung ermöglichen!“

Politische Ausgangssituation

Der brutale Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, Auftragsmorde und massive Spionage des russischen Regimes auf deutschem Boden, der unfassbar brutale Terrorangriff der Hamas auf Israel, die beständigen Drohungen Chinas gegen Taiwan und die destabilisierende Rolle des Iran im Nahen Osten sowie Russlands in Afrika: dies alles sind nur einige Beispiele, die uns Deutschen deutlich machen, wie bedroht unsere Art zu leben, unsere Freiheit und unsere Sicherheit sind. Seit dem erneuten Amtsantritt von Donald Trump als Präsident der USA kommt noch erschwerend hinzu, dass auf die USA als Sicherheitsanker der freiheitlichen Welt kein Verlass mehr sein wird. Darüber hinaus stellen auch hybride Bedrohungen wie Cyber-Attacken auf unsere Infrastruktur, Desinformationskampagnen und große, ungesteuerte wie gesteuerte, Flüchtlingsbewegungen eine Gefahr dar, die unsere Gesellschaft überfordern und sprengen können. Hinzu kommt die Gefahr von Pandemien und Naturkatastrophen wie Überschwemmungen, extremen Dürreperioden oder flächendeckenden Waldbränden.

Ziel

Das primäre Ziel der Einführung einer Dienstpflicht ist die Stärkung sowohl der zivilen als auch der militärischen Widerstandsfähigkeit Deutschlands. Nur eine robuste Antwort auf die aktuelle Bedrohungslage sichert die Überlebens- und Durchhaltefähigkeit unseres Landes und die unserer Verbündeten. Zugleich leistet die Dienstpflicht einen entscheidenden Beitrag zur sozialen Kohäsion unserer Gesellschaft, über das gesamte politische Spektrum hinweg. Nicht zuletzt wird die Dienstpflicht zu einer besseren Integration von Menschen mit ausländischen Wurzeln führen, da unser Land durch die Dienstpflicht unterstreicht, dass Engagement und Identifikation mit unserem Land gewollt sind und gefördert werden. Eine schlichte Wiederbelebung der Wehrpflicht würde der Größe der Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht gerecht, und wäre zudem im Hinblick auf die Wehrgerechtigkeit problematisch.

Status Quo

Nach der Abschaffung des Wehr- und Zivildienstes in Deutschland im Jahr 2011 ergaben sich mehrere tiefgreifende Veränderungen und Herausforderungen für die Gesellschaft. Die Entscheidung, die Wehrpflicht auszusetzen, hatte weitreichende Folgen, nicht nur für die militärische Struktur und Verteidigungsbereitschaft des Landes, sondern auch für den sozialen Sektor, insbesondere in den Bereichen der sozialen Sicherung und der Bereitstellung von Fachkräften in kritischen Infrastrukturen wie Krankenhäusern, Alten- und Pflegeeinrichtungen.

Militärische und zivile Widerstandsfähigkeit: Die Aussetzung des Wehrdienstes führte zu einer deutlichen Verkleinerung und erheblichen Qualitäts- und Leistungsreduzierung der Bundeswehr und ihrer Aufwuchsfähigkeit. Sie stellte die Bundeswehr vor die enorme Herausforderung, Freiwillige zu gewinnen, um den Bedarf an qualifiziertem Personal zu decken. Dies hatte sehr negative Auswirkungen auf die militärische Widerstandsfähigkeit Deutschlands, insbesondere in Bezug auf die Fähigkeit, schnell auf Krisensituationen zu reagieren und umfassende Verteidigungsoperationen durchzuführen. Gleichzeitig ging der Zivildienst, der junge Menschen in soziale Einrichtungen einband, verloren, was direkte Auswirkungen auf die zivile Widerstandsfähigkeit und das soziale Gefüge hatte.

Soziale Sicherung und Fachkräftemangel: Die Abschaffung des Zivildienstes führte in sozialen Einrichtungen, insbesondere in Krankenhäusern, Alten- und Pflegeeinrichtungen, zu einem spürbaren Rückgang der verfügbaren Arbeitskräfte. Zivildienstleistende, die zuvor grundlegende Betreuungs- und Unterstützungsaufgaben übernahmen, standen nicht mehr in ausreichender Zahl zur Verfügung, was den Druck auf das bestehende Personal erhöhte und die Lücken in der Versorgung deutlich machte. Die Bedeutung dieser Dienste für die Gesellschaft, insbesondere in Anbetracht einer alternden Bevölkerung und des steigenden Bedarfs an Pflege- und Betreuungsleistungen, kann nicht unterschätzt werden. Der Mangel an Fachkräften in diesen Bereichen ist zu einer drängenden Herausforderung geworden, die durch die demografische Entwicklung und den steigenden Bedarf an Gesundheits- und Pflegedienstleistungen noch verschärft wird.

Lösungsansatz

Um die zivile und militärische Widerstandsfähigkeit Deutschlands in Anbetracht sowohl innerer als auch globaler Unsicherheiten zu stärken, bedarf es der Einführung einer Dienstpflicht, die umfassende Optionen für militärische, soziale und ökologische Tätigkeiten umfasst. Es adressiert damit gezielt die Herausforderungen, vor denen unser Land steht und behebt damit den Personalmangel in kritischen Bereichen, insbesondere im militärischen Bereich aber auch im medizinischen und pflegerischen Bereich.

Durch die Schaffung attraktiver Dienstposten für junge Menschen, die nicht nur der persönlichen Entwicklung dienen, sondern auch gesellschaftlich wertvolle Arbeit leisten, könnten die Lücken in der sozialen Sicherung und im Fachkräftebedarf effektiv angegangen werden. Unser Land gibt dabei aber auch viel an die verpflichteten Bürger zurück: neben dem Aufbau von Knowhow, z. B. in sozialen Berufen oder Schlüsseltechnologien, können die Teilnehmer bereits in jungen Jahren Verantwortung für sich und andere übernehmen, soziale Fähigkeiten erlernen sowie Führungs- und Projekterfahrung sammeln.

Bei der konkreten Umsetzung der Dienstpflicht lohnt ein Blick ins Ausland, um von Best Practices zu profitieren. Als wichtige Beispiele sind hier Schweden, Finnland und Israel zu nennen.

Die CDU Stormarn fordert die Umsetzung einer Dienstpflicht unter Berücksichtigung der folgenden Rahmenbedingungen:

Stärkung der Durchhaltefähigkeit Deutschlands: Eine erfolgreiche Verteidigung unseres Landes bedingt nicht nur eine Stärkung unserer militärischen Fähigkeiten, sondern auch unserer Optionen, auf

verschiedene zivile und hybride Bedrohungsszenarien schnell und angemessen zu reagieren. Das erfordert auch eine noch intensivere zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ).

Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Optionen: Die Teilnehmer an der Dienstpflicht sollten zwischen einem Dienst in den Streitkräften, einem Engagement in Feuerwehren, dem THW, Katastrophenschutzeinheiten, sozialen Einrichtungen oder in naturnahen Bereichen wählen dürfen. Die Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Optionen erhöht die Motivation der zur Dienstpflicht verpflichteten Bürger. Gleichzeitig schärfen sie das Bewusstsein und Verständnis für zivile und militärische Belange in der Bevölkerung im Sinne der Gesamtverteidigung Deutschlands.

Integration aller Geschlechter: Die Neugestaltung der Wehrpflicht muss die Gleichheit und Beteiligung aller Geschlechter gewährleisten, indem das Programm attraktiv und zugänglich für Personen unabhängig ihres Geschlechts gestaltet wird. Das Frauen und Männer zukünftig ihre unterschiedlichen Fähigkeiten in eine Dienstpflicht einbringen können, ist ein großer Gewinn für unsere Land.

Militärische Widerstandsfähigkeit: Der Dienst in den Streitkräften ist die mental und physisch komplexeste Option, die innerhalb der Dienstpflicht gewählt werden kann. Sie bedarf daher besonderer Unterstützung und Belohnung der Teilnehmer. Die besondere Förderung dieser Verwendung könnte durch einen attraktiven Sold oder die vorrangige Zulassung zu Studiengängen und Ausbildungsgängen, bei gleichzeitiger, finanzieller Förderung bestimmter Ausbildungen, vorgenommen werden.

Zivilschutz & kritische Infrastruktur: insbesondere der Schutz kritischer Infrastruktur und die Unterstützung des Zivilschutzes soll ein Schwerpunkt für den Einsatz von Dienstpflicht-Verpflichteten sein. Darüber hinaus gilt es, den flächendeckenden Zivilschutz durch verstärkte Investitionen wieder aufzubauen. Dazu gehört das Einlagern von Nahrungsmitteln und Betriebsstoffen, der Bau von zivilen Schutzräumen und dessen Förderung, die Einlagerung von Schutzkleidung, Notfallkapazitäten in Krankenhäusern für Großschadens- und Kriegslagen u. v. m.

Zivile Reserve: neben dem Ausbau des militärischen Teils der Reserve ist es von großer Bedeutung, auch im zivilen Bereich eine Reserve aufzubauen, die in Not- und Krisenlagen schnell einsatzbereit ist, und das stehende Personal unterstützen kann. Die zivile Reserve sollte ähnlich organisiert sein wie die militärische Reserve über den Reservistenverband. Auch im zivilen Bereich sollte eine beordnete Reserve mit festen Spiegeldienstposten sowie eine unbeordnete Reserve als Personalersatz aufgebaut werden.

Cyberabwehr und Technologie: Die zunehmende Bedeutung der Cyber-Sicherheit für die nationale Sicherheit macht es notwendig, einen Teil der Wehrpflicht in der Ausbildung und Beteiligung an Cyberabwehrprogrammen zu verankern. Dies könnte nicht nur dem Bedarf an qualifizierten Fachkräften in diesem Sektor entgegenkommen, sondern auch ein breites Bewusstsein für die Bedeutung der Cyber-Sicherheit in der Bevölkerung schaffen. Partnerschaften mit Universitäten und Fachhochschulen könnten akademische Kredite für Teilnehmende ermöglichen.

Interventionsfähigkeit: neben dem Fokus auf die Landes- und Bündnisverteidigung ist es notwendig, interventionsfähige Verbände in der Gesamtstärke einer Division bereitzuhalten. Die EU wird weltweit nur ernstgenommen werden, wenn sie in der Lage ist, ihre Interessen weltweit auch durch militärische Einsätze durchzusetzen. Deutschland kommt hier als Führungsnation eine besondere Verantwortung zu. Auch in den interventionsfähigen Verbänden ist der Einsatz von Dienstpflicht-Beordneten in Spezialbereichen und auf freiwilliger Basis denkbar.

Zusammenarbeit unter Verbündeten: Die Integration internationaler Austauschprogramme bietet Teilnehmern die Möglichkeit, Erfahrungen im Ausland zu sammeln, insbesondere auch in der Europäischen Union. Sei es in Form von gemeinsamen Übungen mit Verbündeten, Teilnahme an Friedensmissionen oder in der humanitären Hilfe. Dies fördert nicht nur die interkulturelle Kompetenz, sondern auch das Verständnis für globale Sicherheitsdynamiken.

Umweltschutz: Die Einbindung des Umweltschutzes in die Dienstpflicht, durch Trainingsmodule zu Katastrophenschutz und Umweltmanagement oder direkte Einsatzmöglichkeiten in Naturschutzprojekten, unterstreicht die Bedeutung des Klimawandels für die nationale und globale Sicherheit. Dies reflektiert die Rolle der Streitkräfte und zivilen Dienste als aktive Teilnehmer im Kampf gegen den Klimawandel bzw. die Auswirkungen dessen.

Finanzierung und gesellschaftlicher Nutzen: Die Finanzierung eines derart umfassenden Programms ist eine der größten Herausforderungen. Eine modulare Systemeinführung, bei der Unternehmen und Organisationen, die von den spezialisierten Fähigkeiten der Teilnehmer profitieren, finanziell beitragen, könnte eine Lösung bieten. Langfristig könnten die entwickelten Fähigkeiten und das gesteigerte gesellschaftliche Engagement zu erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Vorteilen führen. Zudem stärkt die Einführung einer Dienstpflicht unsere Rüstungs- und Infrastrukturindustrie und wird signifikante Wachstumsimpulse setzen, auch durch den Export von Rüstungs- und Infrastrukturgütern. Das stärkt nicht nur unsere wirtschaftliche Kraft, sondern auch unsere Unabhängigkeit und unseren Einfluss auf verbündete Staaten.

Schlussfolgerung

Die CDU wird eine Dienstpflicht gestalten, die den deutschen Bedürfnissen entspricht und gleichzeitig globale Best Practices berücksichtigt. Die Einführung einer Dienstpflicht stellt somit einen zukunftsorientierten und ganzheitlichen Ansatz dar, der die Sicherheit, die soziale Wohlfahrt und die ökologische Nachhaltigkeit in Deutschland nachhaltig stärken kann. Die CDU ist überzeugt, dass durch die gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten – der Politik, der Wirtschaft, der Bildungseinrichtungen und der Gesellschaft – dieses Ziel erreicht werden kann, zum Wohle Deutschlands und seiner Bürger.